

Energie, Infrastruktur und Umwelt

Wirksame Klimapolitik: marktwirtschaftlich, effizient und international

Dr. Susanne Cassel und Dr. Michael Zibrowius

Steigende Energiepreise, Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, fehlende Fachkräfte für die klimafreundliche Transformation der Wirtschaft, lange Genehmigungsverfahren: Die Liste der Herausforderungen für die Klimapolitik ist lang. Gleichzeitig sind die nationalen und internationalen Klimaziele sehr ambitioniert. Damit Deutschland es schafft, bis 2045 treibhausgasneutral zu sein, sind noch große Fortschritte bei der Emissionsminderung notwendig. Gleichzeitig gilt es, gesellschaftliche Akzeptanz für die Maßnahmen zu sichern. Wesentlich für eine erfolgreiche Transformation ist eine wirksame, möglichst kosteneffiziente und innovationsfördernde Klimapolitik. Daher sollte die Bundesregierung vorrangig auf marktwirtschaftliche Anreize anstatt auf sektorale Einzelmaßnahmen setzen und sich für eine verbindliche CO₂-Bepreisung im internationalen Maßstab stark machen.

Die Klimapolitik der neuen Bundesregierung ist wesentlich von europäischen Ziel- und Gesetzesvorgaben wie der EU-Taxonomie für nachhaltige Investitionen und dem sog. „Fit-for-55-Paket“ beeinflusst. Damit will die EU-Kommission die Energieeffizienz und den Ausbau erneuerbarer Energien in den Mitgliedstaaten weiter vorantreiben, um Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen.

Dieses Ziel zu erreichen, erfordert große Anstrengungen. Um die Energieversorgung und die Industrie auf treibhausgasneutrale Produktion umzustellen, sind private und öffentliche Investitionen im hohen dreistelligen Milliardenbereich allein in Deutschland notwendig. Dies zeigt, dass die Kosten für die Transformation enorm und allein durch staatliche Fördergelder nicht zu finanzieren sind. Für eine breite gesellschaftliche Akzeptanz der Klimapolitik müssen zudem soziale Aspekte und Verteilungsfragen adressiert werden.

Wesentliches Instrument der europäischen Klimapolitik ist der EU-Emissionshandel (ETS), mit dem die CO₂-Emissionen der Energiewirtschaft und der energieintensiven

Industrie seit 2005 erfolgreich gesenkt werden. Um der globalen Dimension des Klimaproblems gerecht zu werden sowie carbon leakage, das heißt das Abwandern von Unternehmen in Regionen ohne CO₂-Bepreisung, zu verhindern und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu erhalten, muss eine effiziente CO₂-Bepreisung grenzübergreifend erfolgen und möglichst viele Volkswirtschaften umfassen. Dazu müssten allerdings insbesondere die großen Schwellenländer wie Indien und China, die hohe CO₂-Emissionen aufweisen, überzeugt werden, Zertifikatesysteme einzuführen.

Dies ist allerdings herausfordernd, sind doch viele Volkswirtschaften vor allem in Afrika oder Asien noch auf absehbare Zeit auf die Energieerzeugung aus fossilen Rohstoffen wie Gas, Öl oder Kohle angewiesen, um ihren Wachstumskurs aufrecht zu erhalten und international nicht den Anschluss zu verlieren. Länder wie Russland, die arabischen Staaten oder auch Australien, die noch im großen Stil fossile Energieträger exportieren, sehen ihre Geschäftsmodelle durch eine zu rasche Transformation bedroht und fürchten soziale Verwerfungen. Auch in Europa laufen Verhandlungen über die seitens der EU-Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen aus diesem Grund oft sehr zäh. Dies wurde zuletzt mit Blick auf die vorgesehene Einstufung von Gas und Atomenergie als nachhaltige Energieerzeugung laut EU-Taxonomie wieder einmal deutlich. Zudem erschweren die aktuell stark gestiegenen Weltmarktpreise für Energie die Diskussion um die CO₂-Bepreisung und zeigen, wie wichtig eine soziale Kompensation der Belastungen ist.

Ein weltweites Emissionshandelssystem verspricht wirksamen Klimaschutz zu vergleichsweise geringen Kosten. Unternehmen könnten sich dem CO₂-Preis nicht durch Abwanderung entziehen, und Emissionen wären für sie unattraktiver. Ein überall anfallender CO₂-Preis würde zusätzlich Einnahmen für die Staatskassen bedeuten, mit denen die Transformation der Wirtschaft unterstützt und soziale Ungleichgewichte abgemildert werden könnten. So kann eine Rückzahlung der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung an die Bürgerinnen und Bürger die Akzeptanz höherer Energiepreise erhöhen und die Förderung von Forschung und Entwicklung innovative klimafreundliche Technologien in Unternehmen anreizen.

Der Weg zu einem weltweiten Emissionshandel, der zudem alle Sektoren umfasst, ist

KERNAUSSAGEN

Politikanalyse:

- Um die ambitionierten deutschen und europäischen Klimaschutzziele zu erreichen, sind massive private und öffentliche Investitionen notwendig.
- Eine internationale CO₂-Bepreisung ist das effizienteste Instrument für Klimaschutz und Innovationsdynamik.
- Um die Akzeptanz zu sichern, müssen negative soziale Folgen der Klimapolitik adressiert werden.

Politikempfehlungen:

- CO₂-Bepreisung inklusive sozialer Komponente als Leitinstrument stärken und EU-ETS auf weitere Sektoren ausdehnen.
- Idee eines internationalen Klima-Clubs im Rahmen des deutschen G7-Vorsitzes intensiv vorantreiben.
- Mit verstärkter Klima-Diplomatie auch G20-Staaten für Klima-Club-Initiative gewinnen.

weit. Mit ihrem Vorstoß, im Rahmen der diesjährigen G7-Präsidentschaft die Idee eines Klima-Clubs williger Mitstreiter voranzutreiben, geht die Bundesregierung einen wichtigen Schritt. Mit beharrlicher Klima-Diplomatie sollte sie versuchen, den Klima-Club auf die G20-Staaten auszuweiten, die für immerhin fast 80 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich sind. Je mehr Staaten sich an dem System beteiligen würden, desto größer wären die Erträge, denn Emissionen würden dort reduziert, wo dies am kostengünstigsten möglich ist. Länder mit höheren CO₂-Vermeidungskosten, wie etwa Deutschland, könnten z. B. Zertifikate in China kaufen, wo die Vermeidungskosten geringer sind. Zudem würde ein solches System eine große Dynamik für dringend nötige Klimaschutz-Innovationen entfachen.

Das Klimaproblem kann nur global und mit wirksamen Instrumenten gelöst werden. Eine CO₂-Bepreisung liefert genau das auf effiziente Weise. Daher sollten sich alle Anstrengungen darauf richten, möglichst viele Mitglieder für einen multinationalen Klima-Club zu gewinnen.

Dieser Policy Brief entstand auf Grundlage des ECONWATCH-Meetings „Mehr Rationalität in der Klimapolitik – Neue ökonomische Perspektiven effizienter Klimaneutralität und klimaförderlicher Innovationspolitik“ mit Prof. Dr. Paul J. J. Welfens (Bergische Universität Wuppertal und EIWW).

Impressum

ECONWATCH
Gesellschaft für Politikanalyse e.V.
Poststraße 12
10178 Berlin

Helfen Sie mit!

Um den ECONWATCH-Policy Brief anbieten zu können, in dem Sie verständliche und wissenschaftlich fundierte Informationen über wirtschaftspolitische Zusammenhänge und Reformmöglichkeiten erhalten, ist ECONWATCH als gemeinnützige und unabhängige Organisation auf Mitgliedsbeiträge und Spenden angewiesen. Informationen hierzu erhalten Sie auf:
www.econwatch.org